

QUEERAMNESTY

MENSCHENRECHTE . SEX . SEXUELLE ORIENTIERUNG . IDENTITÄT . GESCHLECHTSIDENTITÄT



GEMEINSAMER KAMPF UM JEDE STIMME

MARIA VON KÄNEL UND
MICHAEL FRAUCHIGER ÜBER DIE
ABSTIMMUNG ZUR EHE FÜR ALLE

AMNESTY
INTERNATIONAL



EDITORIAL

EHE FÜR ALLE – POLNISCHE AKTIVISTINNEN – EGMR-RICHTER – INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT

Am 26. September stimmen wir über die «Ehe für alle» ab – und bisherige Umfragen lassen hoffen, dass dieser jahrzehntelange Kampf von Lesben und Schwulen sein verdientes Happy End findet. Aber Umfragen können täuschen. Davor warnen in dieser Ausgabe auch Maria von Känel und Michael Frauchiger, die sich in diesen Wochen unermüdlich im ganzen Land für die Vorlage einsetzen. Deshalb: Nehmt an dieser Abstimmung teil, verlasst euch nicht drauf, dass die «Ehe für alle» eh durchkommt. Und helft mit, dass es nicht nur ein Ja gibt, sondern ein wuchtiges!

Von einer «Ehe für alle» kann die LGBTI*-Gemeinschaft in Polen nur träumen. Amnesty und Queeramnesty Schweiz haben im Juni zwei polnische Aktivistinnen zum Gespräch eingeladen; wegen Corona konnte diese Begegnung nur online stattfinden. Die beiden engagierten Frauen gaben einen Einblick in ihre Arbeit – und erzählten, was ihr Einsatz im konservativen, LGBTI*-feindlichen Klima alles für Belastungen mit sich bringt.

Ebenfalls in dieser Ausgabe findet ihr ein Gespräch mit Andreas Zünd, dem neuen Schweizer Richter am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Er erklärt, wie der Gerichtshof dazu beiträgt, die Menschenrechte in Europa voranzubringen und was dies für die Rechte der queeren Community bedeutet.

Zudem möchte Queeramnesty Schweiz die Zusammenarbeit mit anderen Queeramnesty-Gruppen stärken. Zu diesem Zweck haben wir im Frühling erstmals ein Netzwerktreffen organisiert, an dem 52 Aktivist*innen aus 18 Weltregionen online teilgenommen haben. Das zweite Treffen im Frühling 2022 soll zu-

mindest teilweise live vor Ort in Zürich stattfinden. Ziel ist, Strategien abzustimmen, Kräfte zu bündeln und dadurch noch schlagkräftiger zu werden.

Wir wünschen euch einen schönen Herbst. Und: Abstimmen nicht vergessen!

Das Redaktionsteam
info@queeramnesty.ch



EDITORIAL	SEITE 2
LGBTI*-EREIGNISSE	SEITE 3
POLEN: IM PERMANENTEN KAMPF	SEITE 4
EHE FÜR ALLE: GEMEINSAMER KAMPF UM JEDE STIMME	SEITEN 5-9
EGMR-RICHTER ANDREAS ZÜND: «MENSCHENRECHTE SIND NIEMALS GESICHERT»	SEITEN 10-13
AUSSTELLUNG: THE DICHOTOMY OF US	SEITEN 14-15
NETZWERK-TREFFEN: INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT STÄRKEN	SEITE 16

IMPRESSUM

ERSCHEINUNGSDATUM: September 2021 **AUFLAGE:** 1250 Stück **REDAKTION:** Ralf Kaminski (rk), Lena Keller (lk), Klaus Lerch (kl), Monika Jia Rui (mjr), Corina Mühle (cm), Jens Pohlmann (jp) Thomas Vinzenz (vt) **LAYOUT:** Klaus Lerch
BILDER/ILLUSTRATIONEN: Thomas Vinzenz (S. 1, 6-9); Komitee Ehe für alle (S. 2); AFP Photo (S. 3) atlasnienawisci.pl (S. 3); Amnesty (S. 4, 11, 16); codziennikfeministyczny.pl (S. 4); ILGA (S. 9); EGMR (S. 11); Ifeelstock | Dreamstime.com (S. 12); Nadia Horsted-Narejo (S. 14, 15) **HERAUSGEBERIN:** Amnesty International, Queeramnesty, Postfach, 3001 Bern, Schweiz **DRUCK:** Gesponsert von prinux ag Basel

POSTKONTO: 82-645780-9 **IBAN:** CH48 0900 0000 8264 5780 9 **BIC:** POFICHBEXXX
WWW.QUEERAMNESTY.CH **INFO@QUEERAMNESTY.CH** **FACEBOOK.COM/QUEERAMNESTY.CH** **TWITTER.COM/QUEERAMNESTY**

GOOD NEWS



CHILENISCHER SENAT FÜR «EHE FÜR ALLE»

Nach langem Hinauszögern stimmte der Senat in Chile für die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare. 28 von 41 befürworteten die Einführung. Nun fehlt nur noch die Abstimmung in der Abgeordnetenkammer. Chilenische LGBTI*-Aktivist*innen sind jedoch optimistisch, dass auch sie zustimmen wird. Das Gesetz erlaubt gleichgeschlechtlichen Paaren zu heiraten und Kinder zu adoptieren.

VERHAFTUNGEN NACH LGBTI*-FEINDLICHEN ANGRIFFEN IN GEORGIEN

Nachdem die georgisch-orthodoxe Kirche zum Widerstand gegen die geplante Pride aufrief, verwüstete ein Mob aus Rechtsradikalen und Geistlichen die Büros der Pride-Organisation und ging auch auf Journalist*innen los. Zahlreiche Länder haben die Untätigkeit der Polizei aufs Schärfste verurteilt. Inzwischen sind jedoch 25 Personen im Zusammenhang mit den Vorfällen festgenommen worden und müssen sich vor Gericht verantworten.

ERSTE EINGETRAGENE PARTNERSCHAFT IN MONTENEGRO

Vor einem Jahr stimmte das Parlament des Balkanlandes mit 42 von 81 Stimmen knapp einem Partnerschaftsgesetz zu. Nun konnte das erste Paar, zwei im Ausland lebende montenegrinische Frauen, ihre Partnerschaft in der Küstenstadt Budva eintragen lassen. Das sogenannte «Gesetz der Lebenspartnerschaft» erlaubt es gleichgeschlechtlichen Paaren jedoch nicht, Kinder zu adoptieren oder Pflegekinder aufzunehmen.

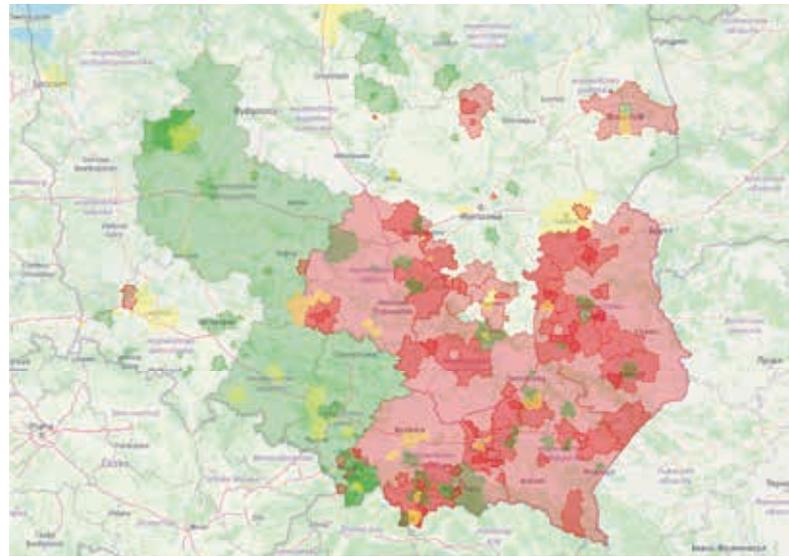
BAD NEWS

PAKISTANISCHER EXORZIST PRAHLT MIT KONVERSIONSTHERAPIE

Ein pakistanischer Exorzist behauptet, in seiner Klinik in Islamabad seit 2012 mindestens 500 queere Menschen «geheilt» zu haben – angeblich mit Beten und Schlägen. Trotz Verbotsforderungen von Geistlichen aus allen Weltreligionen, den Vereinten Nationen und Verbänden von Ärzt*innen sind Konversionstherapien international immer noch weit verbreitet.

POLNISCHE LGBTI*-AKTIVIST*INNEN VERKLAGT

Ende 2019 haben queere Aktivist*innen in Polen eine Website namens «Atlas des Hasses» erstellt. Dort sind all jene Gebiete markiert, die sich als sogenannte «LGBTI*-freie Zonen» ausgerufen haben. Da zahlreiche Partnergemeinden in anderen Ländern diese Kooperationen daraufhin kündigten, erhalten die Gemeinden nun keine Fördergelder mehr. Deswegen klagen sie die Aktivist*innen an und fordern Schadensersatz.



SCHÄRFERE GESETZE IN GHANA GEPLANT

In Ghana ist der Entwurf eines Strafgesetzes ungeplant an die Öffentlichkeit gelangt, das Menschenrechts- und LGBTI*-Organisationen in Alarmbereitschaft versetzt. Es sei «das Homophobste, das die Welt je gesehen hat», findet die LGBTI*-Organisation Rightify Ghana. So soll nicht nur öffentliches Händchenhalten für gleichgeschlechtliche Paare künftig strafbar sein, auch Sextoys sowie Oral- und analsex sollen für alle verboten werden. Auch wäre es künftig strafbar, ein Ally zu sein oder an Schulen LGBTI*-Anliegen positiv darzustellen. Mit diesem Gesetz werde die Basis für einen Polizeistaat gelegt, so Rightify Ghana. (mjr)

IM PERMANENTEN KAMPF

DIE POLNISCHE AKTIVISTINNEN ELZBIETA PODLESNA UND JOANNA GZYRA SETZEN SICH TROTZ DROHUNGEN UND SCHIKANEN UNERMÜDLICH FÜR MENSCHENRECHTE IN IHREM HEIMATLAND EIN. IM VIDEOCALL MIT AMNESTY SCHWEIZ ERZÄHLTEN SIE VON DEN HERAUSFORDERUNGEN UND ÜBERFORDERUNGEN, DIE AKTIVISMUS IN POLEN MIT SICH BRINGEN.

Der Kampf polnischer Aktivist*innen dauert schon lange und ist ermüdend. Seit sechs Jahren kämpfen Elzbieta Podlesna und Joanna Gzyra gemeinsam mit ihren Mitstreiter*innen auf den Strassen Polens. Im Videocall mit Amnesty und Queeramnesty Schweiz erzählten die beiden Frauen von ihrer Arbeit. Anlass für dieses erste Webinar zum Thema «Meet the Defenders» Anfang Juni war der 60. Geburtstag von Amnesty International.

Die Lage in Polen ist ernst; das Land verletzt mit seiner «LGBTI*-freien Ideologie» zahlreiche Menschenrechte. Aktivist*innen werden in Polen auf offener Strasse beschimpft, erniedrigt und auch physisch attackiert. Trotzdem gehen Elzbieta Podlesna und Joanna Gzyra Mal für Mal auf die Strasse und erheben ihre Stimme für all diejenigen, die es nicht können.

«Eine Herausforderung ist sicher, dass so viele verschiedene Bereiche unseren Einsatz und unsere Stimme brau-

chen. Das erfordert Multitasking, denn wenn du dich für einen Bereich nicht aktiv einsetzt, fühlst du dich schuldig», sagt Elzbieta. Sie und Joanna haben sich an einem feministischen Streik getroffen, wo sie anfangen, sich aktiv für Veränderungen einzusetzen. «Aus rechtlicher Sicht haben wir beim Frauenstreik versagt», sagt Elzbieta. Die Rechte, die für europäische Verhältnisse bereits streng waren, seien seither noch strenger geworden.

AKTIVIST*INNEN ERLEIDEN BURNOUTS

Die andere Herausforderung ist juristisch. Viele Aktivist*innen stehen in Polen vor Gericht – oft nur, weil sie während den Protesten auf der Strasse waren und ihr Recht auf Meinungsfreiheit und Versammlung ausübten. Es gibt immer mehr Aktivist*innen, die rechtliche Probleme haben, was wiederum zu erhöhten psychologischer Belastungen führe, manchmal gar zu Burnouts. Deshalb wurde in Polen ein Netzwerk für Aktivist*innen mit psychologischen Problemen gegründet. Problematisch ist zudem die Bekanntheit der Aktivist*innen. «Dass Menschen überall in Europa dich kennen, ist toll, aber wenn du nicht weisst, ob die Person, die auf der Strasse auf dich zukommt, gute oder schlechte Absichten ist, ist das anstrengend», sagt Elzbieta, die schon einige Male in gefährlichen Situationen war.

KIRCHE GEGEN LGBTI*

Ein Grossteil der polnischen Bevölkerung ist immer noch sehr konservativ, und auch wenn der Einfluss der katholischen Kirche schrumpft, ist er immer noch sehr gross. Die Kirche bleibt einer der Hauptgegner*innen der LGBTI*-Community, und Hassreden kommen nicht nur von den Priestern, sondern von den höchsten Hierarchien der Kirche. Zudem nutzen die Politiker*innen der führenden polnischen Partei (Prawo i Sprawiedliwość) Hassreden gegen queere Menschen für ihren Wahlkampf. Präsident Andrzej Duda etwa möchte ein Adoptionsverbot für gleichgeschlechtliche Paare ins Gesetz aufnehmen.

«Nationalistische-, faschistische- und fundamentalistische Gruppen operieren oft mit Unterstützung der konservativen führenden Partei», sagt Joanna Gzyra. «Das führt zu einer Stärkung dieser Gruppen.» Problematisch ist auch, dass Verbrechen und Hassrede aufgrund der sexuellen Orientierung in Polen nicht bestraft werden. Podlesna beschreibt die Lage als kritisch – auch die von der EU verhängten Sanktionen bewirkten keine Besserung.

Podlesna und Gzyra standen gemeinsam mit ihrer Mitstreiterin Anna Prus vor Gericht, weil sie 2019 ein Bild von der heiligen Maria mit regenbogenfarbenen Heiligschein gezeigt und verbreitet haben. Podlesna wurde damals wegen «Verletzung religiöser Überzeugungen» festgenommen. Nun sind die Aktivistinnen vom Gericht freigesprochen worden. Können wir aus der Schweiz heraus den Aktivist*innen in Polen überhaupt helfen? Ja, indem wir unser soziales Umfeld und unsere digitale Reichweite nutzen, um über die Situation in Polen zu sprechen. Und damit auch Politiker*innen auf die Umstände aufmerksam machen und sensibilisieren. (cm)



Elzbieta Podlesna (oben) und Joanna Gzyra

MARIA VON KÄNEL (50) ist Geschäftsführerin des Dachverbands Regenbogenfamilien und Co-Präsidentin des Komitees «Ehe für alle». Sie lebt mit ihrer Partnerin, zwei Kindern im Teenager-Alter und Hund in Greifensee ZH.



MICHAEL FRAUCHIGER (31) koordiniert das SVP-Komitee für die «Ehe für alle» (rund 100 Personen) und ist SVP-Präsident einer Ortssektion. Er ist Gebäudetechnik-Ingenieur und lebt mit seinem Partner in Weiach ZH.

GEMEINSAMER KAMPF UM JEDE STIMME

MARIA VON KÄNEL UND MICHAEL FRAUCHIGER SETZEN SICH IN DIESEN WOCHEN UNERMÜDLICH FÜR EIN JA BEI DER ABSTIMMUNG ZUR «EHE FÜR ALLE» AM 26. SEPTEMBER EIN. EIN GESPRÄCH ÜBER STRATEGIEN, ARGUMENTE UND ERSTE ERFOLGE IN KONSERVATIVEN KREISEN.

IHR SEID BEIDE SCHON SEIT EINIGER ZEIT AKTIV IM ABSTIMMUNGSKAMPF. WIE NEHMT IHR DIE STIMMUNG GEGENÜBER DER VORLAGE WAHR?

Michael: Ich erlebe grundsätzlich sehr viel Positives. Als ich das SVP-Komitee gegründet habe, kamen gleich massenhaft Anmeldungen. Natürlich gab es auch ein paar negative Stimmen; Leute, die finden, SVP und «Ehe für alle», das gehe gar nicht. Ausserhalb der SVP-Basis höre ich aber eigentlich keinerlei kritische Stimmen zur Vorlage. Ich kenne auch in meinem Umfeld niemanden, der dagegen ist – nicht mal die ältesten, konservativsten und verbohrtesten Leute, bei denen ich das eigentlich erwartet hätte. Selbst die sagen: «Ach, ist mir doch egal, heiratet doch.»

Maria: Ich mache die gleichen Erfahrungen. Die Reaktionen sind sehr positiv und motivierend. Als klar war, dass das Referendum zustande kommt, wurde ich geradezu geflutet mit Unterstützungsangeboten. Das ist natürlich alles wunderbar, aber die Abstimmung ist noch nicht gewonnen. Besonders die Themen Adoption und Zugang zur Samenspende nutzen die Gegner*innen gezielt, um Ängste zu schüren und Lügen zur Entwicklung der Kinder zu verbreiten. In dem Bereich müssen wir uns besonders engagieren und aufklären.

DAS ALSO IST DAS HEIKELSTE THEMA DER VORLAGE?

Michael: Ja, das nehme auch so wahr. Das Institut Ehe allein ist quasi unbestritten. Ginge es nur darum, gäbe es vermutlich 85 Prozent Ja. Aber sobald Kinder ins Spiel kommen, haben viele Leute falsche Vorstellungen. Die





> Idee, dass Kinder Mutter und Vater brauchen, ist noch immer weit verbreitet. Ich frage dann immer, was mit meinem Recht auf einen Vater ist, ich bin nämlich ohne aufgewachsen. Wie Maria schon sagte: Im Grunde besteht der Abstimmungskampf aus Aufklärungsarbeit, insbesondere über Regenbogenfamilien. Dass das funktioniert, sieht man an mir. Vor zehn bis zwölf Jahren fand ich auch noch, ach was, Kinder, das brauchen wir doch nicht.

KONNTET IHR SCHON LEUTE ÜBERZEUGEN, DIE URSPRÜNGLICH SKEPTISCH WAREN?

Michael: Ja, bei Leuten aus der SVP-Basis ist mir das schon einige Male gelungen. Die meisten haben ein Problem mit der Samenspende, die doch generell schlecht sei. Aber Fakt ist: Heteros haben Zugang dazu, warum sollten Lesben und Schwule das nicht haben? Ich argumentiere mit der Gleichberechtigung, und das löst bei vielen einen Denkprozess aus. Gut funktioniert auch der Hinweis auf die Besserstellung der Rechte der Kinder in Regenbogenfamilien. Stand jetzt dauert es rund zwei Jahre, bis der Prozess der Stiefkindadoption vollzogen ist – in der Zeit ist das Kind nicht gleich gut abgesichert wie das eines Hetero-Paars.

Maria: Wir konnten mit der Arbeit des Dachverbandes Regenbogenfamilien in den letzten Jahren viele Leute mit Argumenten, Sensibilisierung und schlicht auch der erhöhten Sichtbarkeit vielfältiger Familienformen aufklären. Mittlerweile engagieren sich Organisationen wie Pro Familia Schweiz und Pro Juventute für uns – auch jetzt im Abstimmungskampf.

DIE EHEAUSWEITUNG AN SICH NEHMT IHR NICHT ALS KAMPFTHEMA WAHR?

Maria: Ein Stück weit schon auch. Die Vorstellung, dass die Ehe etwas für Mann und Frau ist, sitzt noch immer tief. Darunter sind auch Leute, die den Ehebegriff schützen wollen und deshalb gegen die Vorlage sind.

GIBT ES ARGUMENTE DES CONTRA-LAGERS, DIE GUT ZIEHEN UND SCHWER ZU KONTERN SIND?

Maria: Ja, meist im Zusammenhang mit Kindern. Etwa die Behauptung, dass Kinder am Besten mit Mutter und Vater aufwachsen würden. Obschon längst erwiesen ist, dass für die gesunde Entwicklung eines Kindes einfach die Fürsorge und Zuwendung einer konstanten Bezugsperson nötig ist.

Michael: Häufig kommt der Vorwurf des Entzugs des leiblichen Vaters. In der Regel von Leuten, die generell gegen Fortpflanzungsmedizin sind. Die haben eine Idealvorstellung von biologischer Abstammung, die nicht leicht zu kontern ist. Ich habe sogar ein gewisses Verständnis dafür, auch wenn ich finde, dass das Argument nicht zieht.

WESHALB HAST DU VERSTÄNDNIS DAFÜR?

Michael: Ich bin selbst nicht der grösste Fan von Fortpflanzungsmedizin. Es gibt so viele Kinder in Heimen, die froh wären, liebende Eltern zu haben. Aber es gibt nun mal diesen medizinischen Fortschritt. Und wir sagen ja herzkranken Leuten auch nicht: Wir haben zwar Herzschrittmacher,

«Ich kenne in meinem Umfeld niemanden, der dagegen ist. Selbst die ältesten, konservativsten und verbohrtesten Leute sagen: «Ach, ist mir doch egal, heiratet doch.»

MICHAEL FRAUCHIGER

aber das würde zu sehr in den Lauf der Natur eingreifen, den zu verwenden. Jeder soll für sich entscheiden, ob er diese Mittel nutzen will.

GIBT'S NOCH ANDERE ARGUMENTE, FÜR DIE IHR VERSTÄNDNIS HABT?

Michael: Für sehr religiöse Menschen ist die Ehe unmittelbar mit Kirche und Religion verbunden. Das kann ich aus ihrer Perspektive nachvollziehen. Aber wenn ich dann frage, ob es okay wäre, das staatliche Institut mit den exakt gleichen Rechten einfach anders zu nennen, haben viele plötzlich kein Problem mehr damit. Letztlich ist es also Wortklauberei – als Argument ist das schwer ernst zu nehmen.

Maria: Es gibt nun mal verschiedene Biografien, und es ist ein sehr persönliches Thema. Ich kann verstehen, dass es auch Leute gibt, die sich aufgrund ihres Hintergrunds damit schwertun. Das sind keine bösen Menschen. Ich halte jeweils mit Argumenten dagegen, etwa dass inzwischen seit 40 Jahren Forschung über das Kindeswohl in Regenbogenfamilien betrieben wird – und das Ergebnis einhellig ist: Diesen Kindern geht es gut. Und das Einzige, was sich mit der Vorlage ändert, ist eine rechtliche Absicherung dieser Kinder und eine Gleichstellung ihrer Eltern mit allen anderen Bürger*innen.

Michael: Viele, die dagegen sind, hatten einfach noch nie Kontakt zu Regenbogenfamilien oder nur schon zu einem schwulen oder lesbischen Paar. Sie kennen das einfach nicht. Und die typische Reaktion gerade von konservativen Leuten ist: Was ich nicht kenne, will ich nicht. Auch ich ticke ab und zu so. Aber ich sehe auch, dass sich die Dinge verändern.

ZUM BEISPIEL?

Michael: Als ich in der Partei vor 15 Jahren mein Coming-out hatte, gab es noch nicht viele offen Schwule in der SVP.

Aber 2010 gründeten wir die GaySVP und hatten dann bald 150 Mitglieder. Es ging ein kleiner Ruck durch die Partei – und seither gab es enorme Fortschritte zum Thema.

EINE GFS-UMFRAGE IM AUFTRAG VON PINK CROSS ERGAB LETZTEN HERBST EINE ZUSTIMMUNG VON 82 PROZENT FÜR DIE «EHE FÜR ALLE» – AUCH EINE MEHRHEIT DER SVP-MITGLIEDER SPRACH SICH DAFÜR AUS. KÖNNEN WIR DA ÜBERHAUPT NOCH VERLIEREN?

Maria: Absolut.

Michael: Ja. In den Detailfragen wie Adoption und Samenspende waren die Mehrheiten knapper. Wir dürfen die Gegnerschaft nicht unterschätzen. Und es kommt auch immer auf die anderen Abstimmungsthemen an dem Tag an, national wie kantonal. Wenn etwas gewisse Gruppen besonders mobilisiert, gerät in dem Zug auch eine andere Vorlage in Gefahr, wie das jetzt gerade beim CO₂-Gesetz passiert ist. Ohne die beiden Agrarinitiativen, die besonders viel Konservative mobilisiert haben, wäre es ohne Probleme durchgekommen.

Maria: Umfragen sind etwas anderes als Abstimmungen. Dort sind die Leute immer eher etwas kritischer, und je nach Stimmung kann es Überraschungen geben. Deshalb ist es so wichtig, dass wirklich alle abstimmen gehen, die für die Vorlage sind. Und nicht zu Hause bleiben, weil sie sich in falscher Sicherheit wiegen. Das Risiko für ein Nein besteht, und das wäre schlimm.

Michael: Seien wir ehrlich, es wäre ein Desaster.

Maria: Geht abstimmen!

«Die Abstimmung ist noch nicht gewonnen. Besonders die Themen Adoption und Samenspende nutzen die Gegner*innen gezielt, um Ängste zu schüren und Lügen zur Entwicklung der Kinder zu verbreiten.» MARIA VON KÄNEL



EINE UMFRAGE BEI «TELE ZÜRI» ERGAB VOR EIN PAAR WOCHEN TATSÄCHLICH EINE DEUTLICHE ABLEHNUNG: WIE INTERPRETIERT IHR DIESE STARKE DIFFERENZ?

Maria: Wie repräsentativ das war, ist offen. Aber es war ein Warnsignal.

Michael: Hinzu kommt, dass die Pro-Seite von SP-Nationalrätin Tamara Funicello vertreten wurde, die bei vielen Konservativen nicht gerade beliebt ist. Das war schon hart, denn in dieser Debatte musste ich ihr zustimmen, was sehr schwierig für mich war... (lacht)

Maria: (lacht) ...und mit dem religiös-konservativen EDU-alt Nationalrat Markus Wäfler konnte die Gegenseite zusätzlich mobilisieren, was schliesslich zu diesem Ergebnis führte.

Michael: Hätte man die Umfrage beim «Talk Täglich» mit Anian Liebrand und mir gemacht, wäre sie ziemlich sicher anders rausgekommen. Ausserdem erreicht die Newsendung von «Tele Züri» ein eher älteres Publikum. Allzu grosse Angst habe ich also nicht wegen dieser Umfrage.

BEI WELCHEN LEUTEN MUSS NOCH GEZIELT ÜBERZEUGUNGSARBEIT GELEISTET WERDEN?

Michael: Tja... bei meinen Leuten (lacht). Deshalb habe ich das Komitee gegründet. Mitte-links und linksliberal haben wir eh im Boot. Die Hauptarbeit muss im rechtskonservativen Lager passieren, wo es noch sehr viel zu tun gibt. Ich gehe zwar auch auf Podien von anderen Organisationen, aber die eigentliche Arbeit des Komitees findet in der SVP statt, nicht zuletzt an den Partei- und Delegiertenversammlungen.

Maria: Ich denke auch, dass es dort am meisten zu tun gibt – und ich bin überzeugt, Michael wird im konservativen Lager eine Schlüsselrolle spielen. Ihm werden sie zuhören, das würden sie bei mir nicht, denn ich bin zu links.

MICHAEL, LETZTES JAHR HAST DU DICH GEGEN DIE ERWEITERUNG DER ANTIRASSISMUS-STRAFNUM UND DAMIT GEGEN DIE HALTUNG DER GESAMTEN LGBTI*-GEMEINDE EINGESETZT. HILFT DIR DAS JETZT BEI DEN KONSERVATIVEN?

Michael: Sehr. Ich habe dank dieses Engagements eine hohe Glaubwürdigkeit, von der ich jetzt profitiere. Damals war mein Slogan: «Gleichberechtigung statt Sonderrecht». Und alle Konservativen jubelten mir zu: Hurra, ein Schwuler, der sich gegen dieses Sonderrecht einsetzt. Nun komme ich eineinhalb Jahre später und sage: So, ich habe gegen das Sonderrecht gekämpft, aber jetzt, jetzt kommt die Gleichberechtigung. Und dafür will ich nun eure Unterstützung. Das funktioniert auch ganz gut. Und die, bei denen es nicht funktioniert, sind sich bewusst, dass ich mit meinem Komitee einer ihrer schwierigsten Kontrahenten bin.

Maria: Das ist so. Und das ist eindrücklich zu sehen. Michael deckt damit eine Gruppe von Leuten ab, die für unser Komitee schwer erreichbar wäre. Und es ist bemerkenswert, wie wenig er und sein Komitee öffentlich bekämpft werden.

Michael: Auch ich hatte mehr Widerstand erwartet. Bei der Gründung der GaySVP damals gab es heftigen Gegenwind. Es sei ein Affront gegen die Partei und so. Verglichen damit ist das jetzt heute sehr entspannt. Zu den Vorkämpfern





➤ gehörte Thomas Fuchs. Als er sich damals outete, wurde er tatsächlich gefragt, ob er jetzt aus der Partei austrete – schwul galt da noch pauschal als links. Aber viele haben inzwischen verstanden, dass die «Ehe für alle» nichts mit links-rechts zu tun hat. Deshalb sind sie eher bereit zuzuhören.

KANNST DU ABSCHÄTZEN, WIE DIE SVP UND IHRE WÄHLERSCHAFT DERZEIT ZUR VORLAGE STEHEN?

Michael: Es gibt drei Stufen: Die Fraktion ist der konservativste Teil, die Parteibasis ist ein wenig weiter und die Wählerbasis nochmals ein wenig weiter. Stand heute ist an der SVP-Delegiertenversammlung vom 21. August in Fribourg alles möglich: Nein-Parole, Stimmfreigabe oder Ja-Parole. Es hängt stark von den Umständen ab: ist es ein schöner Tag, kommen eher die Älteren oder auch die anderen.

GIBT'S NOCH ANDERE LEUTE, DIE MAN BEARBEITEN KÖNNTE?

Maria: Ja, es gibt auch in der konservativen Mitte noch Unschlüssige. Das sind oft moderat Gläubige, die eine klassische Vorstellung von Familie haben – also Mutter, Vater, Kind –, aber für unsere Argumente erreichbar sein könnten.

Michael: Und es gibt Liberale, die die Ehe am liebsten komplett abschaffen würden. Aber diese Splittergruppe dürfte kaum überzeugbar sein.

VIELE LESBEN UND SCHWULE SCHEINEN VON DEM ZU TRÄUMEN, WAS DIE HETEROS IHNEN VORLEBEN: HOCHZEIT, KINDER... FAMILIENIDYLL. MAN KÖNNTE JA AUCH FINDEN: DIESES EHE- UND FAMILIENZEUGS IST TOTAL HETERONORMATIV UND EINENGEND – WOZU BRAUCHTS DAS ÜBERHAUPT?

Maria: Ich konnte lange nichts mit der Ehe-Idee anfangen, aber mir geht es um die rechtliche Absicherung der Kinder

«Viele haben inzwischen verstanden, dass die «Ehe für alle» nichts mit links-rechts zu tun hat.»

MICHAEL FRAUCHIGER

und auch darum, dass die Partnerschaften von gleichgeschlechtlichen Paaren als gleichwertig anerkannt werden. Und vielleicht hat sich meine Haltung zur Ehe auch etwas verändert, weil man sie mir bisher immer verwehrt hat.

STÜTZT IHR EUCH AUCH AUF DIE ERFAHRUNGEN ANDERER VOLKS-ABSTIMMUNGEN, ETWAS ZUM PARTNERSCHAFTSGESETZ 2005 ODER ZUR ABSTIMMUNG IN IRLAND 2015?

Michael: Ich habe mich mit Irland tatsächlich befasst, ein konservativ-katholisches kleines Land, das dennoch Ja sagte. Die Schweiz ist nicht unähnlich. Und auch die Argumente sind nun eigentlich vergleichbar, wir sind vielleicht etwas bunter und vielfältiger unterwegs. Ehrlich gesagt: Mein Ziel ist, dass wir den Ja-Anteil von Irland toppen – also mindestens 63 Prozent Ja schaffen.

ARBEITEN EURE KOMITEES ZUSAMMEN?

Maria: Ja, regelmässig und sehr gerne. Ich bin dank Michaels Arbeit auch schon auf Podien in Kantonen eingeladen worden, wo ich sonst kaum in Frage gekommen wäre, etwa in Appenzell Ausserrhoden. Darauf freue ich mich enorm, denn das bedeutet: Sie möchten wirklich zuhören, was ich zu sagen habe.

Michael: Und ich konnte dank der Kooperation auch schon SVP-Mitglieder auf der Ja-Seite von Diskussionsrunden platzieren.

ZWISCHEN EUCH GIBT'S KEINE BERÜHRUNGSÄNGSTE, OBWOHL IHR POLITISCH SONST ANDERS TICKT?

Maria: Ich verkehre schon eher in linken Kreisen, aber ich bekomme mit, wenn jemand im rechten Lager gute Arbeit leistet. Das tat bereits Thomas Fuchs, und nun macht es auch Michael. Schon die Gründung der GaySVP war ein Signal. Andere politische Haltungen sind kein Hindernis für eine gute Zusammenarbeit.

Michael: Wir ticken glaube ich auch einfach ähnlich. Auch ich schliesse niemanden aus, nur weil er einer anderen Partei angehört und habe auch viele parteiübergreifende Freundschaften.

WIE HOCH IST DAS RISIKO, DASS WIR BEI DIESER ABSTIMMUNG ERNEUT EINEN SCHARFEN STADT-LAND-GRABEN ERLEBEN WERDEN, WIE SCHON BEIM CO₂- ODER BEIM JAGDGESETZ?

«Ich konnte lange nichts mit der Ehe-Idee anfangen, aber mir geht es um die Absicherung der Kinder und darum, dass die Partnerschaften von gleichgeschlechtlichen Paaren als gleichwertig anerkannt werden.

MARIA VON KÄNEL

Maria: Gut möglich, dass wir den wieder sehen werden. Auch wenn wir uns sehr bemühen, auch auf dem Land Präsenz zu zeigen. Und unseren Mitgliedern sagen, persönliche Gespräche mit möglichst vielen zu führen, denn auf dem Weg können Vorurteile am besten abgebaut werden. Wir hoffen echt, auch ein paar Bäuerinnen und Bauern zu überzeugen, Werbung für die Ja-Kampagne zu machen.
Michael: Ich denke, der Graben wird weniger gross sein – auch wenn es ländliche Regionen gibt, die wir wohl kaum gewinnen werden. Aber im Kanton Aargau haben wir eine Chance, und wenn der Ja sagt, könnte es auch in Solothurn und Baselland klappen. Was uns grundsätzlich hilft: Die «Ehe für alle» kostet nichts und nimmt niemandem etwas weg – damit fallen die beiden üblichen Hauptgründe für ein Nein weg.

Maria: Mich würde besonders freuen, wenn wir das Tessin gewinnen könnten, das beim Partnerschaftsgesetz noch knapp Nein sagte. Und ich denke, diesmal könnte es klappen. Das wäre auch ein tolles Zeichen für Italien, wo die «Ehe für alle» auch noch nicht legal ist.

IHR KLINGT SCHON RECHT ZUVERSICHTLICH.

Michael: Ich bin positiv gestimmt, dass wir es schaffen – und deutlicher als Irland. Aber es ist immer alles möglich.
Maria: Ich bin zuversichtlich, dass wir es schaffen. Aber nur, wenn wir dafür kämpfen und alle abstimmen, die uns gleiche Rechte zugestehen.

FALLS ES KLAPPT: WERDET IHR AUCH SELBST HEIRATEN?

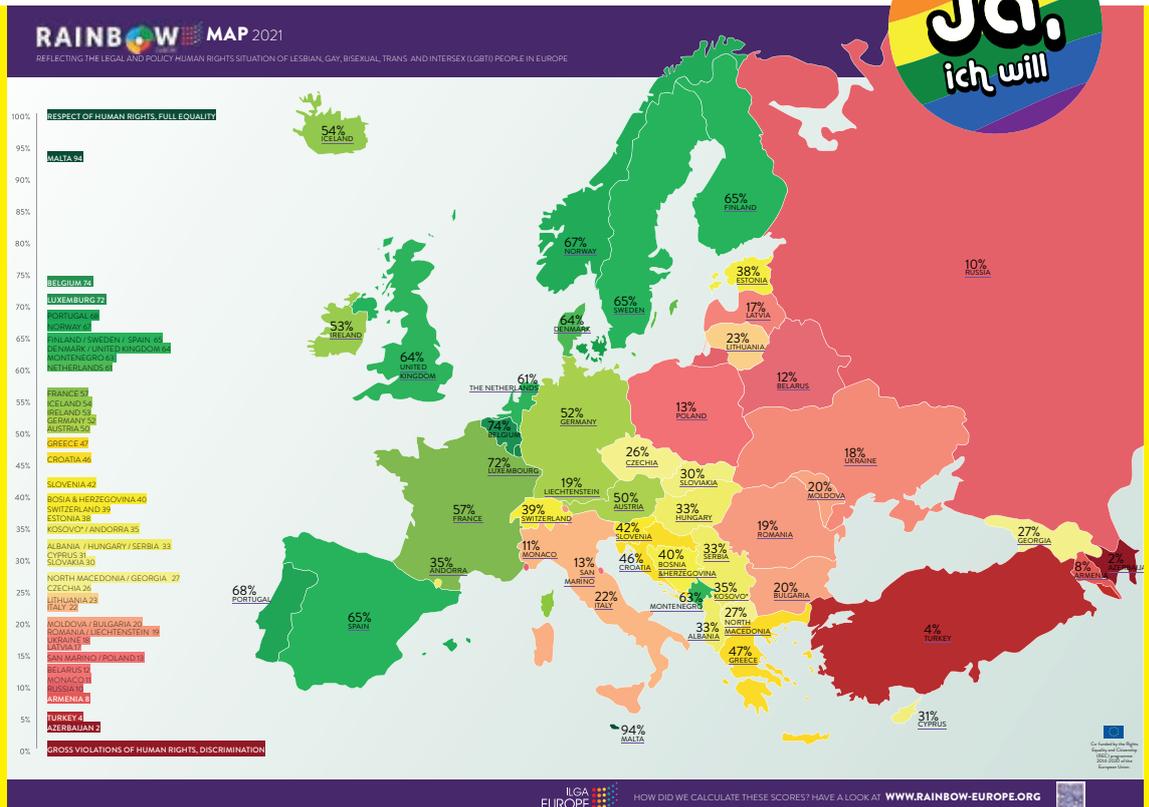
Maria: Jetzt leben wir in eingetragener Partnerschaft. Tja, mal sehen, es braucht ja immer zwei dafür. Ich lasse mich inspirieren, was es mit mir macht, wenn ich es dann darf.
Michael: Ich sehe keinen Nutzen in einer Heirat. Wir leben auch nicht in eingetragener Partnerschaft, haben uns aber rechtlich gegenseitig komplett abgesichert. Wir finden einfach, mehr sei nicht nötig, auch wenn wir in einer festen Beziehung leben. Als Konservativer freut es mich jedoch sehr, dass wieder so viele heiraten möchten. Und es ist wichtig, dass wir alle diese Möglichkeit haben. (rk, Ik)

WWW.EHEFUERALLE.CH
WWW.SVP-EHEFUERALLE.CH



LGBTI*-RECHTE: DIE SCHWEIZ HAT NACHHOLBEDARF

Die Rainbow Map der ILGA¹ zeigt: In Sachen LGBTI*-Rechte ist die Schweiz ein Nachzügler, zumindest im Vergleich zu den meisten west- und mitteleuropäischen Nachbarstaaten. Das Ja zur «Ehe für alle» würde einige Plätze gutmachen.



1) International Lesbian, Gay, Bisexual, Trans and Intersex Association

«MENSCHENRECHTE SIND NIEMALS GESICHERT»

ANDREAS ZÜND IST SEIT DIESEM JAHR DER SCHWEIZER RICHTER AM EUROPÄISCHEN GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE (EGMR). EIN GESPRÄCH ÜBER DIE «EHE FÜR ALLE», DIE «LEBENDIGE» MENSCHENRECHTSKONVENTION UND DIE GEFAHR GESELLSCHAFTLICHER RÜCKSCHRITTE.

HERR ZÜND, IM AKTUELLEN ABSTIMMUNGSKAMPF ZUR «EHE FÜR ALLE» WIRD OFT ARGUMENTIERT, DIESE SEI «EIN MENSCHENRECHT». LÄSST SICH DAS ZUM BEISPIEL AUS DER EUROPÄISCHEN MENSCHENRECHTSKONVENTION (EMRK), ABLEITEN?

Nein. Aus der Rechtsprechung zur EMRK folgt keine Pflicht der Europarats-Staaten, die «Ehe für alle» einzuführen. Das zu tun, ist eine Frage des politischen Prozesses in den Mitgliedsstaaten wie hier in der Schweiz. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat nie so entschieden. Ich will keine Prognosen für die Zukunft machen, aber derzeit ist das nicht der Stand der Rechtsprechung.

ABER MUSS ES NICHT ZUMINDEST IRGEND EIN INSTITUT FÜR DIE RECHTLICHE ABSICHERUNG GLEICHGESCHLECHTLICHER PAARE GEBEN – WIE ETWA DIE EINGETRAGENE PARTNERSCHAFT?

Gleichgeschlechtliche Paare dürfen nicht diskriminiert werden. Verdichtet sich das zu einer eigentlichen Verpflichtung, ein Rechtsinstitut zu schaffen? Je nach nationalem Kontext bejahte dies der EGMR – aber nicht generell und ohne Rücksicht auf die nationalen Gegebenheiten. Allerdings und hochaktuell: Mit dem Urteil Fedotova gegen Russland¹ vom 13. Juli 2021 wurde dies zu einer generellen, für alle Europaratsstaaten verbindlichen Verpflichtung.

DAS HEISST, DIE EMRK GILT MANCHMAL NUR RELATIV ZU DEM, WAS IN EINEM LAND SCHON IRGENDWIE POLITISCH ODER GESELLSCHAFTLICH AKZEPTIERT IST?

Die Menschenrechtskonvention setzt Mindeststandards, zu denen sich die Mitgliedsstaaten verpflichten. Die einzelnen Staaten dürfen selbstverständlich darüber hinausgehen. Der EGMR ist jedoch ein internationales Gericht, das für 47 Europaratsstaaten zuständig ist. Seine Rechtsprechung hat grundsätzlich Geltung für die Menschen von Grönland bis Wladiwostok. Menschenrechte können aber – je nach gesellschaftlicher Entwicklung – eine unterschiedliche Ausprägung erfahren, und deshalb urteilt der Gerichtshof auch auf Basis des jeweiligen nationalen Kontexts.

ABER WARUM GIBT ES SO VIEL ERMESSENSSPIELRAUM, ETWA IN LGBTI*-FRAGEN?

Der Ermessensspielraum – die *marge d'appréciation* – ist sogar in der Präambel der Konvention enthalten. Es gibt also einen Beurteilungsspielraum für die Mitgliedsstaaten, vor allem für die Gerichte. Wenn der EGMR sieht, dass ein oberstes Gericht des Mitgliedsstaats die Konventionsrechte

ernst genommen hat, sie nach allen Seiten abgewogen hat, dann wird er nicht sein eigenes Ermessen an die Stelle desjenigen des Mitgliedsstaats stellen.

GIBT ES DAFÜR NOCH ANDERE BEISPIELE – ABSEITS VOM THEMA LGBTI*?

Ja, beispielsweise bei der Meinungsäusserungsfreiheit. Die *marge d'appréciation* ist sehr eng, wenn es um die Zulässigkeit politischer Debatten geht. Aber sie wird weit, wenn es etwa um die Zulässigkeit von bestimmten Werbemethoden geht.

IN UNGARN IST DAS GERADE EIN AKTUELLES THEMA. UNTERNEHMEN DÜRFEN BEISPIELSWEISE KEIN SCHWULES PAAR MEHR IN IHRER WERBUNG ZEIGEN. LIEGT DAS NOCH IM ERMESSENSSPIELRAUM ODER NICHT?

Ich kenne diese Gesetzgebung in Ungarn nicht im Detail. Aber der Gerichtshof hat sogenannte «Propagandaverbote» schon als menschenrechtswidrig beurteilt. Sie betreffen die Meinungsäusserungsfreiheit – völlig klar. Sie haben eine stigmatisierende Wirkung und leisten Vorurteilen und Homophobie Vorschub. Im Fall Bayev gegen Russland² hat der Gerichtshof im Jahr 2017 folgerichtig eine Verletzung der Meinungsäusserungsfreiheit festgestellt. Da ist der Spielraum sehr eng, weil die Frage eine wichtige Debatte betrifft und zudem die Menschenwürde tangiert ist.

DAS «ANTI-PROPAGANDA-GESETZ» IN RUSSLAND GIBT ES ABER IMMER NOCH. WIE KANN EIN EGMR-URTEIL EIGENTLICH DURCHGESETZT WERDEN?

Die meisten Urteile werden umgesetzt, das gilt namentlich auch für Russland. Dafür gibt es einen Durchsetzungsmechanismus. Jeder Staat ist für die Umsetzung selber verantwortlich, aber unter der Aufsicht des Ministerkomitees. Das ist das politische Entscheidungsorgan des Europarates.

UND WAS PASSIERT, WENN TROTZDEM NICHTS VORWÄRTS GEHT?

Dann bleibt der Fall auf der Agenda, und der Staat muss immer wieder Bericht erstatten. Das Ministerkomitee kann auch an den Gerichtshof herantreten mit der Frage, ob der Staat die Umsetzung gemacht hat oder nicht – das erhöht den Druck. Der Mechanismus ist ein juristischer und diplomatischer zugleich, und das ist wahrscheinlich auch das Erfolgsversprechendste in einem internationalen Kontext.

WENN NUN IN EINEM LAND IMMER MEHR VERLETZUNGEN PASSIEREN UND DIE DURCHSETZUNGSMECHANISMEN AUCH NICHT MEHR GREIFEN –



«Aus der Rechtsprechung zur EMRK folgt keine Pflicht der Europarats-Staaten, die ‹Ehe für alle› einzuführen. Das zu tun, ist eine Frage des politischen Prozesses in den Mitgliedsstaaten wie hier in der Schweiz.» ANDREAS ZÜND

MÜSSTE ES DANN AUS DER EMRK AUSTRETEN, ODER KÖNNTE ES AUS DEM EUROPARAT AUSGESCHLOSSEN WERDEN?

Ja, das kann die letzte Konsequenz sein, aber sie ist natürlich nicht gewünscht.

IST DAS SCHON EINMAL PASSIERT?

Ja, beim Obristen-Regime von Griechenland³ führte eine Staatenklage schliesslich zum Austritt aus dem Europarat. Aber nochmals: Die meisten Urteile werden umgesetzt. In politisch sensiblen Bereichen braucht es etwas mehr Zeit, aber die Fälle bleiben auf der Agenda. Der Durchsetzungsmechanismus ist real. Es geht ja oft nicht nur darum, etwas nur im Einzelfall umzusetzen, sondern dass die Gesetzgebung angepasst wird.

ZURÜCK ZU LGBTI*-RECHTEN: NOCH VOR EINIGEN JAHRZEHTEN WURDEN IN VIELEN STAATEN – AUCH EMRK-MITGLIEDERN – HOMOSEXUELLE BEZIEHUNGEN MIT GEFÄNGNIS GEAHNDET. HEUTE SIND DIESE PERSONEN



DR. IUR. ANDREAS ZÜND (64) ist seit Anfang 2021 Schweizer Richter am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Der Jurist stammt aus dem Aargau und war seit 2003 Richter am Schweizerischen Bundesgericht in Lausanne.

- 1) Urteil Fedotova: Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat Russland dazu verurteilt, gleichgeschlechtliche Paare rechtlich anzuerkennen. Die Nicht-Anerkennung verstösse gegen das Recht auf staatliche Achtung des Privat- und Familienlebens (Art. 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK)).
- 2) Urteil Bayev: Der EGMR stellte fest, dass das russische Verbot der Bewerbung von Homosexualität die Art. 14 (Diskriminierungsverbot) und 10 (Freiheit der Meinungsäusserung) verletzt.
- 3) Militärdiktatur in Griechenland von 1967 bis 1974

> **GRUNDRECHTLICH WEITGEHEND GESCHÜTZT, NICHT ZULETZT AUFGRUND DER EGMR-RECHTSSPRECHUNG. WIE KANN MAN SICH DAS ERKLÄREN? AM WORTLAUT DER MENSCHENRECHTSKONVENTION HAT SICH IN DIESEM BEREICH JA NICHTS GEÄNDERT.**

Das ist richtig. In einigen Ländern war gleichgeschlechtlicher Verkehr ein Straftatbestand oder es existierten unterschiedliche Altersgrenzen. Da gab es einige Urteile des Gerichtshofs, die massgeblich dazu beitrugen, dass dies nicht mehr zulässig ist. Die Menschenrechtskonvention ist ein «instrument vivant», ein lebendiges Instrument. Sie hält mit der gesellschaftlichen Entwicklung Schritt und kann ihr mit Bedacht vorausgehen. Wenn wir einer versteinerten Auslegung der EMRK den Vorzug gäben, wäre noch heute die Körperstrafe zulässig. Und die EMRK wäre ein bedeutungsarmes Instrument.

«INSTRUMENT VIVANT» KÖNNTE ABER AUCH BEDEUTEN: ES KANN WIEDER RÜCKWÄRTS GEHEN, WENN SICH GESELLSCHAFTLICHE BEDINGUNGEN VERÄNDERN?

Das ist absolut möglich – Menschenrechte, wie auch die demokratische Rechtsordnung, sind niemals gesichert. Sie hängen in ihrer Durchsetzung auch mit den gesellschaftlichen Bedingungen zusammen. So herrschte etwa in Russland nach der Oktoberrevolution eine weit liberalere Haltung als in den meisten anderen Ländern, nachdem die strafrechtliche Sanktion gleichgeschlechtlichen Verkehrs abgeschafft wurde. Später jedoch kam es zu einer gegenläufigen Entwicklung. Wie gesagt, gesellschaftlicher Fortschritt ist niemals gesichert. Wenn Sie mich aber konkret fragen, ob die Interpretation zurückgenommen werden muss, wenn die gesellschaftliche Entwicklung rückschrittlich ist, zögere ich schon, dem zuzustimmen. Was als menschenrechtlicher Mindeststandard anerkannt ist, kann in aller Regel nicht mehr relativiert werden.

WIE LASSEN SICH RÜCKSCHRITTE VERHINDERN?

Gesellschaftliches Engagement spielt eine wesentliche Rolle. Aber es gibt auch einen Faktor, der Ihnen vielleicht

«Diskriminierungen, die auf den inhärenten Gegebenheiten eines Menschen beruhen, tangieren dessen Menschenwürde. Wenn dem Gerichtshof solche Fälle vorgelegt werden, fallen Entscheidungen, die auch entsprechende Rechte nach sich ziehen.» ANDREAS ZÜND

«Die Menschenrechtskonvention ist ein «instrument vivant», ein lebendiges Instrument. Wenn wir einer versteinerten Auslegung der EMRK den Vorzug gäben, wäre noch heute die Körperstrafe zulässig.» ANDREAS ZÜND

nicht so Freude macht: Die Rechtsprechung des EGMR darf zwar dynamisch sein und soll es auch. Aber zu viel Dynamik kann Rückschläge provozieren. Dieser Aspekt mahnt zu Umsicht in der Rechtsprechung.

WÄRE ES NICHT AUCH EINE MÖGLICHKEIT, SICH WENIGER AUF INTERPRETATIONEN ZU VERLASSEN UND MEHR SCHRIFTLICH NIEDERZULEGEN?

Das ist schon möglich. Die Europarats-Staaten ergänzen die Konvention mit Zusatzprotokollen. Nehmen wir als Beispiel das Verbot der Todesstrafe. Es wurde in Zusatzprotokollen kodifiziert und damit auch stärker abgesichert. Zusatzprotokolle sind aber nur verbindlich für Staaten, die diese auch ratifizieren.

FÜR LESBEN UND SCHWULE HAT SICH IN VIELEN STAATEN VIELES VERBESSERT, ABER BEI DEN RECHTEN FÜR TRANS UND INTERGESCHLECHTLICHE PERSONEN SIEHT ES IN VIELEN MITGLIEDSLÄNDERN NOCH SEHR SCHLECHT AUS. KÖNNTE DER EGMR DA IN ZUKUNFT EINE ÄHNLICHE ROLLE SPIELEN WIE BEI DEN RECHTEN FÜR SCHWULE UND LESBEN?

Ja, das ist sehr gut vorstellbar. Der Gerichtshof macht aber keine abstrakten Regelungen, es geht immer um die Verletzung von Menschenrechten konkreter Personen. Diskriminierungen, die auf den inhärenten Gegebenheiten eines Menschen beruhen, die unabwendbar sind für diesen Menschen, tangieren dessen Menschenwürde. Wenn dem Gerichtshof solche Fälle vorgelegt werden, fallen Entscheidungen, die auch entsprechende Rechte nach sich ziehen.

KANN MAN SAGEN, DASS DER EUROPÄISCHE GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE ETWAS EINZIGARTIGES IST UND WELTWEIT EINE GEWISSE VORBILDWIRKUNG HAT?

Es gibt noch andere Gerichtshöfe für Menschenrechte, zum Beispiel den Interamerikanischen und den Afrikanischen, mit denen wir im Austausch sind. Aber der EGMR hat etwas Spezielles: seinen Durchsetzungsmechanismus. Der ist weltweit wohl das beste internationale Instrument



DER EUROPÄISCHE GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE (EGMR)

zur Durchsetzung der Menschenrechte. Darauf basiert auch sein Ansehen weltweit. Aber ich möchte nicht einem Eurozentrismus das Wort reden. Es gibt auch wichtige Entwicklungen andernorts. Was den Schutz der Umwelt betrifft, können wir in Europa auch nach San José in Costa Rica schauen (Sitz des Interamerikanischen Gerichtshofs).

ZUM SCHLUSS NOCHMALS EINE FRAGE ZUR SCHWEIZ: WAS HALTEN SIE DAVON, WENN IN EINER DIREKTEN DEMOKRATIE ÜBER MENSCHENRECHTSFRAGEN UND MINDERHEITENRECHTE ABGESTIMMT WIRD? IST DAS ÜBERHAUPT SINNVOLL?

Es kann sinnvoll sein. Schauen Sie gerade die «Ehe für alle» an: Wollen wir ein Mehr an Menschenrechten? Oder nicht? Das ist eine politisch motivierte menschenrechtliche Fragestellung, die sinnvoll ist. Aber es kann auch das Gegenteil geschehen, dass also Menschenrechte eingeschränkt werden. Und dann ist der Gerichtshof dazu berufen, die Grenzen zu bestimmen.

DAS HEISST, IM ZWEIFEL GILT DIE KONVENTION?

Ja, solange ein Mitgliedstaat nicht aus der Konvention ausgetreten ist, gilt die Konvention – auch gegen nationales Verfassungsrecht. (kl)

Der EGMR mit Sitz in Strassburg ist ein internationales Gericht, das seit seiner Gründung 1959 über die Einhaltung der Europäischen Menschenrechtskonvention wacht. Einzelpersonen können sich direkt an den Gerichtshof wenden, wenn der innerstaatliche Instanzenweg ausgeschöpft ist. Jeder Mitgliedsstaat entsendet eine*n Richter*in in den EGMR. Die Richter*innen sind unabhängig und keine Vertreter*innen ihres jeweiligen Staates.

Der EGMR ist keine Einrichtung der Europäischen Union, sondern zuständig für mehr als 800 Millionen Menschen in allen 47 Mitgliedsstaaten des Europarates, also auch für alle Schweizer*innen.



THE DICHOTOMY OF US

AUSSTELLUNG IN DER PHOTOBASTEI ZÜRICH

Queeramnesty präsentiert Arbeiten der Fotojournalistin Nadia Horsted-Narejo. Sie zeigen Facetten des Lebens von LGBTI*-Menschen in Gambia und Pakistan. Nachdem die ursprünglich für April 2020 geplante Ausstellung coronabedingt abgesagt werden musste, findet sie nun von 11. November bis 5. Dezember 2021 statt.

Gambia und Pakistan sind Länder, in denen die persönlichen Geschichten von unterdrückten Minderheiten zu selten gehört werden. Vor dem Hintergrund der Historie und Kultur dieser Länder erzählen Nadia Horsted-Narejos Fotos die Geschichten von LGBTI*-Menschen im Zwiespalt aus Geschlechterrollen, Identität und Sexualität.

In Gambia gibt es keine sicheren Orte für LGBTI*-Menschen. Ständiges Verstecken, Furcht vor Inhaftierung und Verfolgung bestimmen das Leben jeder Person, die von der heterosexuellen und binären Geschlechternorm abweicht.

«An Act of Gross Indecency» zeigt die Anonymität der Be-

troffenen und porträtiert gleichzeitig ihre innersten Gefühle, Wünsche und Ängste.

In Pakistan leben Hirjas (trans Frauen) am Rand der Gesellschaft, sind aber dennoch ein traditioneller Teil von ihr, sichtbar in der Nacht auf den Strassen und Märkten. «Ladies of Lahore» präsentiert sie als die starken Frauen, die sie sind – mit der Last ihrer Geschichte und Kultur, die sie jeden Tag auf ihren Schultern tragen.

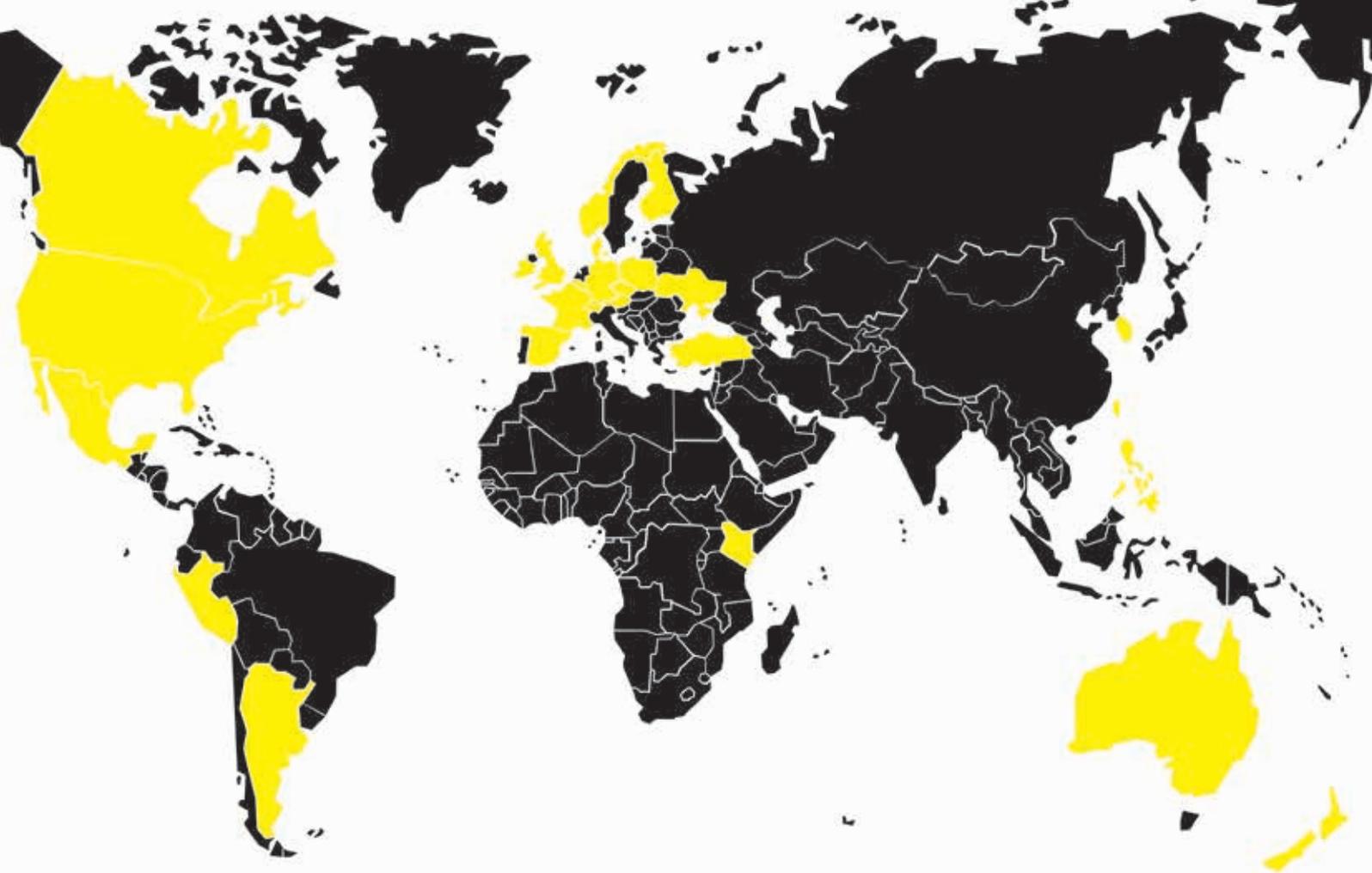
11. NOVEMBER BIS 5. DEZEMBER 2021

PHOTOBASTEI, SIHLQUAI 125, CH-8005 ZÜRICH

ÖFFNUNGSZEITEN: DO-SA 17-21 UHR, SO 12-18 UHR

EINTRITT FREI





INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT STÄRKEN

AM 16. UND 17. APRIL 2021 FAND DAS ERSTE VON ZWEI GEPLANTEN INTERNATIONALEN ONLINE-NETZWERKTREFFEN ZWISCHEN AKTIVIST*INNEN INNERHALB VON AMNESTY STATT.

Mit Queeramnesty Deutschland pflegen wir bereits einen regelmässigen Austausch, mindestens einmal im Jahr treffen wir uns zu einem zweitägigen Workshop, wo wir unsere Ideen und Pläne teilen. An diese Praxis wollen wir anknüpfen und haben erstmals ein internationales Treffen initiiert und organisiert. 52 Aktivist*innen aus 18 Weltregionen haben daran teilgenommen (siehe gelb markierte Länder oben).

Im Zentrum standen unsere Pläne zur Pride-Saison und zum IDAHOT. Zur Zeit beschäftigen sich die Aktivist*innen von Amnesty mit der Situation in Polen und Ungarn, den Massnahmen gegen Konversionstherapien (englischsprachiger Raum) sowie der Stärkung von trans Rechten. Queeramnesty-Gruppen existieren in vielen europäischen Ländern, seit letztem Jahr auch in Polen und Irland. LGBTI*-Arbeit wird aber auch von den Lokalgruppen vor Ort gemacht. Unterstützt werden die ehrenamtlichen Amnesty-Gruppen von festangestellten Campaigner*innen in den Ländersektionen. Alle diese Personen möchten wir beim LGBTI*-Netzwerktreffen an einen Tisch bzw. eine

Online-Konferenz bringen. Durch den Austausch von Ideen und die Abstimmung unserer Strategien und Pläne bündeln wir unsere Kräfte.

ZWEITES TREFFEN IM FRÜHLING

Das zweite Treffen war eigentlich für September geplant, wird nun aber in den Frühling verschoben. Wir hoffen, dann einige Aktivist*innen nach Zürich einladen zu können und die Online-Konferenz um Workshops und Vorträge vor Ort zu ergänzen. In der Zwischenzeit suchen wir den Kontakt zu Ländern wie Israel oder Schweden, wo es zwar Strukturen gibt, aber noch keine Kooperationen. Durch den dezentralen Aufbau von Amnesty wissen wir heute gar nicht sicher, wo überall in der Welt es ehrenamtliche Gruppen gibt. Auch das möchten wir durch das internationale Netzwerktreffen ändern. (vt)

FINANZVERANTWORTLICHE* R (10% EHRENAMT)

Für den Finanzbereich der Gruppe Queeramnesty suchen wir eine engagierte Person.
Etwas für dich? Schick uns eine Nachricht an:
SERVICE@QUEERAMNESTY.CH